

Informationen zur Datenverarbeitung

Im Zusammenhang mit diesem Verwaltungsverfahren im Rahmen der Hilfe und Beratung des Sozialpsychiatrischen Dienstes der Abteilung Gesundheit werden personenbezogene Daten verarbeitet. Bitte beachten Sie hierzu die nachstehenden Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist:

Kreis Gütersloh

Der Landrat

Herzebrocker Straße 140

33334 Gütersloh

Telefon: 05241/85 - 0

Fax: 05241/85 - 4000

E-Mail: Kreisverwaltung@kreis-guetersloh.de

2. Angaben zur Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten der zuständigen Datenschutzbeauftragten lauten:

Datenschutzbeauftragte des Kreises Gütersloh

Herzebrocker Straße 140

33334 Gütersloh

Tel.: 05241/85 – 1126

E-Mail: datenschutzbeauftragte@kreis-guetersloh.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

- a) Ihre personenbezogenen Daten werden verarbeitet zur Hilfe und Beratung durch den Sozialpsychiatrischen Dienst.
- b) Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer Daten sind Art. 6 Abs. 1 lit. c), Abs. 3, Art. 9 Abs. 1 DSGVO i.V.m. §§ 3, 4 Datenschutzgesetz NRW, §§ 3, 4, 5, 8, 9 ff. des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG NRW), §§ 6, 19 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen.

4. Empfänger/innen oder Kategorien von Empfängern/innen

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben in erforderlichem Umfang nach Maßgabe des PsychKG NRW an weiterbehandelnde Ärzte, Kliniken, Polizei, Ordnungsbehörde, die ggf. unterbringt, Gerichte.

5. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

Ihre Daten werden gemäß Art. 17 DSGVO gelöscht, wenn sie für die Zwecke, für die sie erhoben worden oder in sonstiger Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind. Sie werden mindestens 10 Jahre nach dem Datum des letzten Kontaktes gespeichert. Wenn Sie minderjährig sind, ist es mindestens die Zeit 10 Jahre nach Eintritt Ihrer Volljährigkeit (28. Lebensjahr).

6. Absicht Übermittlung an Drittland oder eine internationale Organisation

Ihre personenbezogenen Daten werden weder an einen Empfänger weitergegeben, der sich außerhalb der Europäischen Union (in einem Drittland) befindet, noch an eine internationale Organisation.

7. Kategorien personenbezogener Daten

Folgende Datenkategorien werden verarbeitet:

Vorname, Name, Adresse, Geburtsdatum, Einkommen, Kontaktinformationen von Familienangehörigen und anderen Angehörigen, finanzielle Verhältnisse, Wohnverhältnisse, ggf. Ausbildung, Sprachfähigkeit, Migrationserfahrung, Gesundheitsdaten.

8. Betroffenenrechte

Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten stehen Ihnen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte zu:

- Recht auf **Auskunft** darüber, welche personenbezogenen Daten von Ihnen verarbeitet werden (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung oder Vervollständigung**, wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer Daten (Art. 18 DSGVO).

9. Datenerhebung bei anderen Stellen

Die Abteilung Gesundheit kann zum Zwecke ihrer gesetzlichen Aufgabenerledigung unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen oder Personen erheben. Dies können sein: Familienangehörige, Nachbarn, Lehrer, Arbeitgeber, Freunde, Bekannte, alle Ämter, Polizei, Gerichte, Krankenkassen, andere Leistungsträger nach dem Sozialgesetzbuch.

10. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit **Beschwerde** einzulegen:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI NRW)

Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf

Telefon: 0211 38424-0

Telefax: 0211 38424-10

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Internet: www.ldi.nrw.de

11. Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Von Ihnen gewünschte Leistungen des Sozialpsychiatrischen Dienstes können die Mitteilung von personenbezogenen Daten erfordern, da die Leistungen ansonsten nicht erbracht werden können.